

Schreiber, Georg: Zwischen Demokratie und Diktatur. Persönliche Erinnerungen an die Politik und Kultur des Reiches (1919—1944). Münster 1949, 150 S.

Aus reicher Erfahrung zeichnet hier der bekannte Kirchenhistoriker und Politiker von Münster seine persönlichen Erinnerungen an die 25 Jahre zwischen 1919 und 1944 auf. Dabei bietet er nicht in streng systematischer Einteilung und geschichtlicher Reihenfolge, aber in lebendiger Darstellung ausgewählte Kapitel und Streiflichter. Von seinem Berliner Lehrer Hans Delbrück hat er es gelernt, die Episode fesselnd einzuschalten. Er bleibt keineswegs im Bereich des Subjektiven stecken; hat er doch seine Erinnerungen durch politische Schriften wie die drei Bände des Politischen Jahrbuchs (München-Gladbach 1925—1928) unterbaut. Wie kaum ein anderer ist er dazu imstande, zur Innen- und Außenpolitik, Religions- und Kirchenpolitik, Wissenschafts- und Kulturpolitik des Deutschen Reiches so manches Neue zu bringen.

Sein „Blick in die Werkstatt“ weist die Forschung auf wichtige Quellen zur Geschichte des Zweiten Reiches hin, auf die bisher zu wenig verwerteten gedruckten Verhandlungen des Haushaltsausschusses; die Erinnerungen früherer Staatsmänner, wie des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die Aufzeichnungen und Briefe, die Gustav Stresemann betreffen, J. Mausbachs Kulturfragen der deutschen Verfassung und Jahrbücher zur Geschichte der politischen Parteien. Die „Kulturpolitik des Reiches“ zeigte ihre ersten Ansätze schon im Bismarckischen und Wilhelminischen Zeitalter. Aber erst seit 1918 wuchs das Reich in größere kulturpolitische Zusammenhänge hinein. Es mußte als Hüter der Weimarer Verfassung gegenüber Sachsen und Mecklenburg-Schwerin auftreten. Es erließ das Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921. Es trat besonders auf finanziellem Gebiet in engeren Verkehr mit den Religionsgesellschaften. Was die führenden Persönlichkeiten des Zweiten Reiches anlangt, so wirft der Verfasser helleres Licht auf den Reichspräsidenten Ebert, die Reichskanzler Wirth, Dr. Marx und Dr. Luther, den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun, den Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann, aber auch auf die „Außenseiter im diplomatischen Dienst“, vor allem auf den deutschen Gesandten in Bern, Adolf Müller.

Das Hauptinteresse wendet er der Vorgeschichte des Reichskonkordats, den Ansätzen zu einem Reichskonkordat im Zweiten Reich zu, die bisher in der Fachliteratur nur wenig beachtet wurden. Schon in den am 30. Juni 1920 abgegebenen Erklärungen des Reichspräsidenten Ebert und des beim deutschen Reich beglaubigten päpstlichen Nuntius Eugen Pacelli war von einer beiderseits geplanten Neuregelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat in Deutschland die Rede. Reichspräsident Ebert neigte aus außenpolitischen Gründen dem Gedanken durchaus zu, ein Reichskonkordat abzuschließen. Im Benehmen mit ihm gab Reichskanzler Wirth 1921 dem Auswärtigen Amt den Auftrag, einen Entwurf auszuarbeiten, was Richard Delbrück besorgte. Neben dem Auswärtigen Amt trat das Reichsministerium des Inneren mit seiner kulturpolitischen Abteilung in die zweite Linie. Der dortige Staatssekretär Heinrich Schulz hatte kein inneres Verhältnis zu einem Reichskonkordat. Der preußische Ministerpräsident Otto Braun bereitete aus föderalistischen Gründen ernste Hindernisse. Besonders arbeitete man entgegen in Kreisen des Evangelischen Bundes. Auch die Zeitverhältnisse (Entscheidung des Völkerbundes über Ober-

schlesien, Ruhrbesetzung und dergl.) waren für den Abschluß eines Konkordats nicht günstig. Zwar brachte der deutsche Botschafter beim Vatikan, Diego von Bergen, einem Reichskonkordat Verständnis entgegen, aber er konnte zu wenig selbständige Initiative entfalten. Das Kabinett Marx beschloß im Oktober 1924, die nötigen Vorarbeiten für ein Reichskonkordat wieder aufzunehmen. Dagegen sprach sich im Reichstag am 17. Juni 1925 der völkische Abgeordnete Dr. Frick aus, als der sozialdemokratische Abgeordnete Müller-Franken eine Interpellation über das bayerische Konkordat einbrachte, weil es mehrfach die Reichsverfassung verletze, was Staatssekretär Zweigert als Vertreter der Reichsregierung widerlegte. Auch Reichskanzler Dr. Luther legte stets auf den Abschluß eines Reichskonkordats Wert. Gegenüber seiner Regierungserklärung erhob am 20. Januar 1925 der Vorsitzende der Zentrumsfraktion Fehrenbach die Forderung auf „eine tätige Förderung der noch ausstehenden Fragen kirchenpolitischer Art“, womit er die Schaffung eines Reichskonkordats meinte. Im Lauf des Jahres 1926 gingen die Erörterungen für und gegen ein Reichskonkordat weiter. Die stärker werdende Gegnerschaft entzündete sich besonders am Abschluß des bayerischen Konkordats. Das Zustandekommen eines Reichskonkordats wurde hauptsächlich dadurch gefährdet, daß sich 1926 die Deutsche Volkspartei des Reichsaußenministers Dr. Stresemann so entschieden dagegen wandte und daß die neugegründete Liberale Vereinigung eine Einigung des ganzen Liberalismus erstrebte. Prälat Kaas setzte sich am 4. September 1927 auf dem Katholikentag in Dortmund stark für den Abschluß eines Konkordats ein. Da jedoch jetzt hauptsächlich an der Verabschiedung des preußischen Konkordats (1929) gearbeitet wurde, trat das Interesse für ein Reichskonkordat zurück.

Erst im Dritten Reich kam das Reichskonkordat zum Abschluß und wurde jetzt als Mittel einer entschiedenen Verreichlichung angesehen. Anfangs rühmten sich die neuen Machthaber noch ihres Erfolgs, dann aber gaben sie ihn überraschend schnell preis, weil die eingegangenen Bindungen nicht zu ihren politischen Grundsätzen passen wollten. Prälat Schreiber weiß ferner noch interessant zu berichten über seine Unterredung mit Ministerialdirektor Rudolf Buttmann im Frühjahr 1933, über eine Besprechung mit Kardinal Bertram im gleichen Jahr und über seinen ergebnislosen Besuch bei Reichsinnenminister Dr. Frick. Er weist auf die Eingaben und Denkschriften des Kardinals und der deutschen Bischöfe an die Reichsregierung und auf die zeugnishaften Predigten des Bischofs Graf Galen von Münster hin. Er rückt die Stellung des Professors Karl Haushofer zum Dritten Reich in ein anderes Licht und beleuchtet dabei die eigenartige Haltung von Rudolf Heß und den schwindenden Einfluß des Braunen Hauses. In diesem Zusammenhang streift er auch die Hochschulpolitik des Dritten Reiches und die Münchener Studentenrevolte vom Februar 1943. Die obigen Ausführungen über die reichhaltige Veröffentlichung des im öffentlichen Leben überaus gut bewanderten Verfassers konnten nur auf das Wichtigste hindeuten und wollen nur dazu anregen, das fesselnde Buch zur Hand zu nehmen und gründlich zu studieren. Hoffentlich wird der Verfasser seiner Andeutung im Vorwort entsprechend bald noch anderes nachfolgen lassen.

München

K. Weinzierl